



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

14 (9.1.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-201309](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-201309)







# Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

## Außerordentl. Generalversammlung der Pfälzischen Bank.

Heute vormittag 11 Uhr nahm unter starkem Andrang der Aktionäre im großen Saale des Gesellschaftshauses in Ludwigshafen die außerordentliche Generalversammlung der Pfälzischen Bank ihren Anfang. Die Tagesordnung lautete wie folgt: 1. Mitteilung, daß über die Hälfte des Aktienkapitals verloren ist (§ 240 Abs. 1 H.-G.-B.); 2. Beschlußfassung über die Auflösung der Gesellschaft wie über die Art und Weise der Auflösung, sei es durch fusionsweisen Uebergang auf die Rheinische Creditbank Mannheim gemäß §§ 306, 305 H.-G.-B. oder durch Eintritt in die Liquidation, letzterenfalls auch über deren Durchführung.

Infolge der Kontrolle und Prüfung der Stimmkarten ergab sich eine längere Verzögerung mit dem Beginn der Versammlung, wodurch ein großes Gedränge im Treppenhaus entstand. So bemächtigte sich schon vor dem Beginn der Versammlung ein großer Unwille der Aktionäre, von denen 3205 angemeldet waren. Die Situation sah oft recht bedenklich aus, da der Ordnungsdienst dem starken Andrang gegenüber machtlos war. Inzwischen hatte sich das Gerücht verbreitet, daß bei der Münchener Filiale neue große Verluste in Höhe von über 40 Mill. M. entstanden seien, was die ohnedies leicht gereizte Stimmung der Aktionäre nicht verbesserte. Es war auch durchgesickert, daß die Verwaltung der Pfälzischen Bank mit einem neuen, erst in den gestrigen Abendstunden ausgearbeiteten Fusionsplan mit der Rheinischen Creditbank hervortrete, der einen Aktienaustausch von 5000 M. Pfälzischer Aktien zu 1000 M. Rheinischer Creditbank-Aktien vorsieht. In der Versammlung waren von dem Grundkapital von 75 Mill. M. 50 Mill. M. verireten. Von der Deutschen Bank waren am Aufsichtsratsstische anwesend die Herren: Mankewicz, Michalowsky, Camperer und von Staub. Der Aufsichtsrat der Pfälzischen Bank war ziemlich vollständig vertreten. Die Zahl der anwesenden Pressevertreter war der Bedeutung der Versammlung entsprechend. Sämtliche deutsche Handelszeitungen hatten Vertreter entsandt; die Lokalpresse Mannheim-Ludwigshafens war gleichfalls zahlreich vertreten.

Die Gruppe Geim-Nürnberg verfügte über ein Aktienkapital von 11 Mill. M. Die Versammlung setzte sich zusammen aus Vertretern der Bank- und Juristenwelt wie aus Kreisen der Industrie und des Handels, des Handwerks, des Beamtenstands und des Kleinbürgerstandes. Den Vorsitz führte Herr Geh. Kommerzienrat Franz von Wagner, Präsident der Handelskammer Ludwigshafen. Der Direktor der Filiale München, Dr. Martin, war auch anwesend.

### Erklärung des Vorstandes.

Um 12.30 Uhr nahm die Versammlung ihren Anfang. Herr Generaldirektor Schayer-Ludwigshafen gab zunächst auf Grund der Vorschriften des Handelsgesetzbuches der Versammlung Kenntnis von dem die Pfälzische Bank betreffenden Verluste über die Hälfte des Aktienkapitals. Ferner teilt der Vorstand mit, daß die Revision der Bücher am 6. Jan. dieses Jahres, wie schon eingangs erwähnt, einen weiteren Verlust von 40 Mill. M. ergeben hat. Hiernach erhöht sich der am 6. Dezember bekannt gegebene Verlust von 340 Mill. M. auf insgesamt 380 Mill. M. Sowohl diese Mitteilung des Vorstandes der Pfälzischen Bank wie die darauf verlesene nachstehende Erklärung wurden des öfteren durch ironische Zwischenrufe erregter Aktionäre unterbrochen. Herr v. Wagner beruhigte insofern die Gemüter, als er wiederholt versicherte, daß die Leitung der Pfälzischen Bank selbst das größte Interesse an der Aufklärung der Aktionäre habe. Die

### Erklärung der Verwaltung

befäßt sich einleitend mit den Verlusten Römers und den Maßnahmen der Pfälzischen Zentraldirektion, die wir als bekannt voraussichtlich. Die Zusammenstellung der gesamten Devisenengagements ergab die Tatsache, daß der Münchener Devisenhändler ungeheure Beträge in fremden Valuten auf Termine verkaufte und sich nicht rechtzeitig eingedeckt hatte. Um die Pfälzische Bank zu retten, wurde am 6. Dezember mit der Rheinischen Creditbank und der Deutschen Bank ein

### Abkommen

getroffen, das folgenden Wortlaut hat:

„Der aus Devisenengagements bei der Münchener Filiale entstandene Verlust ist auf 340 Mill. M. festgestellt. Die Rheinische Creditbank und die Deutsche Bank stellen der Pfälzischen Bank die Summe zur Verfügung, um welche dieser Verlust von 340 Mill. M. den Betrag des Aktienkapitals und der bilanzmäßigen Reserven übersteigt und nicht durch vorhandene stille Reserven und den Geschäftsgewinn der Pfälzischen Bank im laufenden Geschäftsjahr gedeckt wird. Hierdurch sind irgendwelche vermeintliche Ansprüche der Pfälzischen Bank gegen die Rheinische Creditbank aus dem Interessengemeinschaftsvertrag endgültig erledigt und erloschen. Die Rheinische Creditbank und die Deutsche Bank verzichten auf Rückerstattung des hergegebenen Geldes, es sei denn, daß nicht gemäß Wahl beider Banken entweder a) die Pfälzische Bank im Wege der Fusion unter Ausschluß der Liquidation auf die Rheinische Creditbank übergeht oder b) die Pfälzische Bank in Liquidation tritt und sofort nach dem hierüber gefaßten Generalversammlungsbeschlusse ihre Niederlassungen auf die Rheinische Creditbank und die Deutsche Bank überleitet. Wie sich die Niederlassungen auf diese beiden Banken verteilen sollen, unterliegt ebenfalls deren Entscheidung. Im übrigen ist für die Ueberleitung, sofern die Rheinische Creditbank als Uebernehmerin in Betracht kommt, maßgebend, daß sie die Aktiven der betreffenden Niederlassungen zu Buchpreisen zuzüglich der darauf gerechneten stillen Reserven erwirbt, einschließlich insbesondere der Grundstücke und Gebäude und laufenden Mietverträge. Die auf die Rheinische Creditbank nicht übergehenden Niederlassungen — im wesentlichen sollen dies Frankfurt a. M. und die Filialen im rechtsrheinischen Bayern sein — werden der Deutschen Bank oder einer von ihr zu bestimmenden Stelle zur Abwicklung übergeben, wobei unter dieser Voraussetzung die Deutsche Bank das Recht erhalten soll, die Grundstücke und Gebäude zu Buchpreisen zu erwerben bzw. in die Mietverträge einzutreten. Auf die Immobilien sind nach der Erklärung der Pfälzischen Bank stille Reserven nicht gerechnet.“

Geht die Pfälzische Bank weder im Wege der Fusion unter Ausschluß der Liquidation auf die Rheinische Creditbank über, noch wird sie in der geschlossenen Weise, je nach Ausübung des Wahlrechts durch die Rheinische Creditbank und die Deutsche Bank liquidiert, so gelten die der Pfälzischen Bank von den beiden anderen Banken mit Rücksicht auf den erwähnten Verlust der Münchener Filiale gegebenen Mittel als ein Darlehen, das gemäß den Bestimmungen der Allgemeinen Bankvereinbarungen zu verzinsen und auf Verlangen jederzeit rückzahlbar ist.

Die Pfälzische Bank ist zur unverzüglichen Stellung der von den beiden Banken verlangten Sicherheiten, namentlich in Form der Abtretung von Debitoren verpflichtet. Den Schuldner der betreffenden Forderungen ist die erfolgte Abtretung zu bestätigen. In Höhe von 250 000 000 Mk. dienen die Sicherheiten zur Sicherstellung der Deutschen Bank mit Rücksicht auf die vertragmäßige Abnahme an die Pfälzische Bank verkaufter Devisen; in Höhe von weiteren 250 000 000 M. zur Sicherstellung der Rheinischen Creditbank und der Deutschen Bank für den Fall, daß das zur Deckung des Münchener Verlustes hergegebene Geld als Darlehen von der Pfälzischen Bank rückzahlbar werden sollte.

Es wird hierbei bemerkt, daß nach der bestimmten Erwartung der Verwaltung der Pfälzischen Bank deren Generalversammlung auf Grund der einhelligen Empfehlung durch Vorstand und Aufsichtsrat die gewünschten Beschlüsse fassen wird und daß gegebenenfalls die Liquidationsorgane die Liquidation so wie oben beschrieben durchführen werden. Die Verwaltung der Pfälzischen Bank rechnet also praktisch nicht mit dem Fall, daß eine Rückzahlung der erhaltenen Gelder als Darlehen in Betracht kommen wird.

Zu diesem Abkommen ist folgendes zu bemerken:

Es handelt sich bei dem Umfang der Katastrophe, welche die Bank heimgesucht hat, um zweierlei:

1) um die Beseitigung der Ueberschuldung und die Vermeidung des Konkurses, dessen Eröffnung unabsehbare Folgen nicht nur für die Pfälzische, sondern für weite Wirtschaftsgebiete gehabt hätte;

2) handelte es sich darum, die Bank weiterzuführen und die Zahlungsunfähigkeit hintanzuhalten. Es ist klar, daß mit der Beseitigung der Ueberschuldung nur die Hälfte der Arbeit getan gewesen wäre und daß Mittel und Wege gesucht werden mußten, um einen Ansturm auf die Kassen der Bank zu vermeiden, oder, wenn ein solcher Ansturm käme, ihm dadurch wirksam zu begegnen, daß entweder die Gläubiger bezahlt werden oder ihnen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Konten auf die einspringenden Banken zu übertragen. Zur Durchführung dieser Absicht wurde an allen Stellen der Pfälz. Bank neben den eigenen Schaltern ein Schalter der Rheinischen Creditbank bzw. der Deutschen Bank aufgemacht. Diese Maßnahme hat sich als durchaus wirksam und richtig erwiesen.

Daß die einspringenden Banken die von ihnen geforderten sehr erheblichen Mittel nicht ohne Sicherheit gewähren konnten, liegt auf der Hand. Demgemäß hat die Pfälzische Bank auch den beiden Banken entsprechende Sicherheiten, insbesondere durch Abtretung von Debitoren, gewährt. Diese Debitoren sind von den Vorschulgebern, schon um das stark angeschwollene Vorschulkonto nicht ins Uferlose anwachsen zu lassen, zum Teil endgültig übernommen worden.

Aus dem Abkommen ist ersichtlich, daß die von der Rheinischen Creditbank und der Deutschen Bank zur Verfügung gestellten Mittel, d. h. der über das eigene Vermögen der Bank hinausgehende Differenzbetrag dann als Darlehen gelten soll, wann weder eine Fusion zwischen der Pfälzischen Bank und der Rheinischen Creditbank zustande kommt, noch eine Liquidation der Bank nach dem Abkommen mit den einspringenden Banken.

Um die nötigen Unterlagen für die Frage, ob eine Fusion oder eine Liquidation der Pfälzischen Bank in Betracht zu ziehen sei, zu gewinnen, sind die Deutsche Treuhandgesellschaft Berlin und die Rheinische Treuhandgesellschaft Mannheim beauftragt worden, unter Mitwirkung bewährter Revisoren die Revision der Aktiven der Bank und die Aufstellung eines Status vorzunehmen. Die Arbeiten wurden unverzüglich aufgenommen und nach Kräften betrieben. Sie konnten aber bisher angesichts der zahlreichen Niederlassungen der Bank nicht abgeschlossen werden, aus dem Grunde, daß infolge der allgemeinen Arbeitsüberlastung bei einigen größeren Filialen die Bücher nicht hatten auf dem laufenden gehalten werden können. Gleichzeitig wurde eine Revisionskommission von zwei Mitgliedern des Aufsichtsrates eingesetzt, welche unter Hinzuziehung zweier Treuhandgesellschaften eine eingehende Nachprüfung der Vorgänge vornehmen sollte, die zu dem großen Verluste bei der Filiale München geführt hatte.

### Bericht der Revision.

Herr Dr. v. Levin-Berlin erstattete hierauf den Revisions-Bericht der Deutschen Treuhandgesellschaft Berlin und der Rheinischen Treuhandgesellschaft Mannheim über die Prüfung der Bücher bei der Filiale in München. Die Mitteilung, daß Römer in November 1918 als Volontär bei der Bank eintrat, wurde mit großer Heiterkeit aufgenommen. Römer erhielt bald Handlungsvollmacht und wurde im Juni 1921 stellvertr. Direktor der Filiale. Der Gesamteindruck der Treuhandgesellschaft war der, daß Herr Römer eine weitgehende Selbständigkeit gelassen wurde, jedenfalls aber, daß seine Geschäftsführung von keiner maßgebenden Stelle der Filiale in zweckentsprechender Weise überwacht wurde. Herr Dr. v. Levin gab sodann Kenntnis von den von Monat zu Monat steigenden Verlusten. Der Gesamtverlust beläuft sich im ganzen auf 380 Millionen Mark. Nach Verlesung des Revisionsberichtes folgte der Bericht der beiden Aufsichtsräte.

Die Mitglieder der Aufsichtsräte nahmen eine Vernehmung der Angestellten der Filiale München vor, aus der hervorging, daß im Monat September 21, vor der Fertigstellung der Bilanz der Devisenabteilung von dem Buchhalter Vogel an Herrn Direktor Dr. Martin ein Brief geschrieben wurde, wonach die Devisenabteilung mit einem Verlust von etwa 28 Millionen Mark abschleife. Der Aufsichtsrat hat wiederholt eine schärfere Kontrolle der Devisengeschäfte in München angeordnet. Römer gibt zu, die Anweisung von Ludwigshafen gehabt zu haben, jeden Abend die Geschäfte glatt zu machen. Entgegen dieser Vorschrift hat Römer seit Januar 1921 Deckungen jedoch nicht mehr vorgenommen. Es ist unverständlich, warum die Direktion nicht zu einem früheren Termin die Feststellung machte, daß es bei der Filiale München nicht stimmt. Eine frühere Kontrolle durch Einziehung in die Bücher hätte unbedingt vorgenommen werden müssen. Römer sagte bei seiner Vernehmung aus, daß er immer fest für die Mark war. Er sagte wörtlich aus: Ich gebe zu, meine Kompetenzen überschritten zu haben. Ich habe es allein zu tragen. Ich habe die ganze Sache auf mich genommen, ohne daß ich irgend jemand anders etwas gesagt habe. Ich habe keine Zeit und keine Sorge; denn ich sagte mir, die Kurse, die ich brauche, sehe ich alle wieder, sogar noch vor dem 31. Dezember 1921. (Zuruf: Schuffl!)

Die Bekanntgabe der Berichte erforderte einen Zeitraum von 1 1/2 Stunden. Um 2 Uhr nachmittags begann die

### Aussprache über die Erklärung der Verwaltung.

Erster Diskussionsredner war Herr Rechtsanwalt Dr. Arnold-Nürnberg, des Führers der Nürnberger Aktionärsgruppe Direktor Geim, Stark und Dr. Rein. Seine Ausführungen fanden öfters starken Beifall und Heiterkeit. Er erklärte, daß hinter seiner Gruppe ca. 1200 Aktionäre stehen. Außerdem ständen hinter der Gruppe noch eine große Anzahl von Aktionären, die in der Versammlung zugegen seien, die schriftlich und mündlich die Zusage gegeben haben, daß sie absolut hinter der Gruppe stehen. Die Gruppe habe infolgedessen eine Bedeutung und eine Zahl, ohne deren Einverständnis über das Schicksal der Pfälzischen Bank nicht verfügt werden kann. Redner erklärte die erstatteten Berichte in den meisten Punkten für unzulänglich und ungenügend. Dem Redner genügt lediglich der Verlust von 380 Millionen, der die kühnsten Erwartungen der Aktionäre übertraf. Die Verluste entstanden bereits schon im Monat Februar und steigerten sich von Monat zu Monat. Nach diesen einleitenden Darlegungen unterzog der Redner den Aktienverkauf der Bank in der zweiten Hälfte des Monats November einer scharfen Kritik. Obwohl die Verluste der Pfälzischen Bank schon feststanden, seien hunderttausende von Aktien von der Verwaltung nahestehenden Kreisen auf den Markt geworfen worden, um die Aktionäre, die keine Kenntnis von den Verlusten hatten, in arglistiger Weise zu täuschen. Er verlangt in dieser Beziehung noch näheren Aufschluß der Verwaltung. Den erstatteten Berichten kann weiter entnommen werden, daß Aufsichtsrat wie Direktion der Bank ihre Pflicht nicht erfüllen.

Dr. Arnold hat aus dem Bericht entnommen, daß das Kontrollsystem vollständig versagt hat, ja daß sogar überhaupt kein Kontrollsystem vorhanden war. Am Abend vor der heutigen Generalversammlung wurde ihm aus berufenem Munde erklärt, es wurde über die Unterstützungsaktion kein Vertrag abgeschlossen, sondern lediglich ein kurzer Brief. Er erklärte es für unmöglich, ohne genaueste Kenntnis und genaueste Prüfung dieses Abkommens zwischen der Deutschen Bank und der Pfälzischen Bank zu nehmen zu etwaigen Vorschlägen, die heute gemacht werden sollen. Die alten Ausführungen der Verwaltungsorgane verdrängen sich nach der Richtung der Regreßpflicht hin zu schwersten Anklage gegen die Verwaltung. (Stürmischer Beifall.)

Justizrat Dr. Cahn-Nürnberg: Ich verrete den sogenannten Vermögensschutzverein, der über weite Teile Deutschlands verbreitet ist und auch eine Reihe kleiner Rentner in sich schließt, die ganz gewaltig unter den heute hier zur Besprechung stehenden Ereignissen leiden. Ich stelle den Antrag, daß die heutige a.-o. G.-V. vertagt wird, damit eine Vertrauenskommission in der Lage ist, alle die vielen Punkte und Faktoren nachzuprüfen, die heute zur Debatte stehen. In weitesten Kreisen ist man der Anschauung, daß es weit zweckdienlicher gewesen wäre, den Aktionären schon vorher Aufschluß zu geben zu deren Beruhigung und Aufklärung. Der Redner bemängelte dann das große Vertrauen, das man auf Römer setzte, und sagte, daß kein preußischer Prinz so rasch avanziert sei, wie dieser Herr Römer. (Stürmischer Beifall.) Die Generaldirektion kann insofern nach dem Handelsgesetzbuch verantwortlich gemacht werden, weil sie junge, unerfahrene, nicht festgestigte Vorstandsmitglieder in München eingesetzt hat. Um reinen Wein eingeschenkt zu bekommen, sei es nötig, daß eine Vertrauenskommission eingesetzt wird, um Klarheit zu bekommen. Als ein Aktionär Schlußrufe ausbrachte, setzte lebhafter Widerstand ein und Rausrufe. Redner befürwortete nochmals seinen Verlagsantrag und verlangte Vertagung um jeden Preis, damit man nicht weiter im Nebel herumtappe.

Justizrat Dr. Heilbronn-Frankfurt beantragte, die beiden Punkte der Tagesordnung zusammen zu debattieren. Es habe keinen Wert, wenn man sich ins Uferlose in der Kritik verliere.

Justizrat Heinz unterstützte den Antrag, verlangt aber zunächst die Verlesung des Interessengemeinschaftsvertrages.

Kommerzienrat Dr. Jahr von der Rheinischen Creditbank Mannheim bemerkte einleitend, daß er durch die verschiedenen Vorwürfe, die gegen den Aufsichtsrat erhoben wurden, nicht eingehe, da er nicht zum Aufsichtsrat der Pfälzischen Bank gehöre. Aber man könne damit rechnen und sich darauf verlassen, daß die Antwort noch ausführlicher komme. Redner bemerkte sodann: Herr Dr. Arnold hat behauptet, daß ihm der Interessengemeinschaftsvertrag vorenthalten wurde. Ich möchte mir erlauben, auf einen Punkt hinzuweisen, daß dieser Vertrag seinerzeit in der G.-V. sowohl der Pfälzischen Bank wie der Rheinischen Creditbank verlesen und seinem ganzen Wortlaut nach im Handelsregister veröffentlicht wurde, daß also die Verwaltung der Pfälzischen Bank kein Interesse daran hatte, irgend etwas zu verheimlichen. Redner brachte darauf den am 20. Mai 1911 zwischen der Rheinischen Creditbank und der Pfälzischen Bank abgeschlossenen Interessengemeinschaftsvertrag zur Kenntnis der Versammlung.

### Neuer Vorschlag der Verwaltung.

Seltens der Verwaltung wurde hierauf nachstehender Vorschlag zur Kenntnis der Versammlung gebracht:

Der Vorstand der Rheinischen Creditbank und der Vorstand der Pfälzischen Bank Ludwigshafen schließen folgenden

### Verschmelzungsvertrag:

1. Die Pfälzische Bank Ludwigshafen überträgt ihr Gesellschaftsvermögen als Ganzes auf die Rheinische Creditbank Mannheim. Eine Liquidation des Vermögens der Pfälzischen Bank findet nicht statt.
2. Die Pfälzische Bank Ludwigshafen erteilt der Rheinischen Creditbank Mannheim das Recht, die Firma Pfälzische Bank und Süddeutsche Bank oder mit einem Zusatz fortzuführen.
3. Die Rheinische Creditbank Mannheim gewährt dafür ohne Kapitalerhöhung auf je 4800 Mark nom. Aktien der Pfälzischen Bank eine Aktie der Rheinischen Creditbank (große Entwertung) zum Nennwerte von 1000 Mark mit Dividendenerhöhung vom 1. Januar 1922 ab.
4. Alle Kosten und Stempel der Verschmelzung trägt die Rheinische Creditbank Mannheim.

Dieser Vertrag ist davon abhängig, daß er bis zum 20. Februar 1922 von den General-Versammlungen der zu übernehmenden und zu übertragenden Banken genehmigt wird.

Rechtsanwalt Dr. Arnold-Nürnberg nimmt Stellung gegen den Antrag. Was den Interessengemeinschaftsvertrag anbelangt, so könne man niemand zumuten, sich über die Tragweite des Rechtsbestandes dieses Vertrages in Kürze schlüssig zu werden. Redner wiederholt den gestellten Verlagsantrag und ergänzt ihn noch wie folgt: Einsetzung eines Ausschusses von Aktionären und Vertrauensleuten. Der Ausschuß hat folgenden Zweck: Prüfung des Status, Prüfung der Regreßpflicht, Prüfung und Stellungnahme zu den Fusions- bzw. Liquidationsvorschlägen. Jedes einzelne Mitglied dieses Ausschusses soll die Rechte von Revisoren im Sinne des Handelsgesetzbuches haben, insbesondere aber haben sie das Recht, vom Vorstand, Aufsichtsrat und den Beamten der Bank jeden Aufschluß über die Verhältnisse der Bank zu verlangen. Außerdem wird dem Ausschuß das Recht

der Einsichtnahme in die Bücher und Papiere der Bank zu gestanden. Der Ausschuss ist ferner befugt, Sachverständige hinzuzuziehen. Die Kosten des Ausschusses einschl. einer entsprechenden Vergütung der Mitglieder hat die Bank zu tragen und vorzuschießen. Im Ausschuss muß mindestens ein Mitglied der Aktionärvereinigung vertreten sein.

Als der Vorsitzende v. Wagner Rechtsanwalt Dr. Arnold zur Namensnennung derjenigen der Verwaltung nachstehenden Kreise, die nach dem Zusammenbruch noch Pfalzbankaktien veräußerten, aufforderte, entstand ein furchtbarer Tumult.

Rechtsanwalt Dr. Arnold, der vom Vorsitzenden auf Paodium zitiert wurde, führte aus, daß er ausdrücklich gesagt habe, daß die Behauptung aufgetaucht sei, daß der Verwaltung nachstehende Kreise noch nach dem Bekanntwerden der Verluste ihre Aktien veräußerten. Ein Aktionär bestätigt, daß auf der Berliner Börse noch Aktien verkauft wurden, als der Zusammenbruch schon erfolgt war. Einer der anwesenden Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank entgegnete, daß die Aktien sofort nach dem Bekanntwerden der Verluste der Bank an der Berliner Börse gestrichen wurden.

(Die Generalversammlung dauert fort.)

Der Reichswirtschaftsrat für eine weitere Vermehrung der Börsentage. Eine dem Plenum vorgelegte Entscheidung des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats empfiehlt, als der Aufgabe und dem Wesen der deutschen Zentralbörsen entsprechend, die tägliche Abhaltung von Börsenversammlungen, um den geregelten Ausgleich von Angebot und Nachfrage in Wertpapieren und Wechseln zu ermöglichen. Wegen der Beschränkung des Umsatzes in Kleinaufträgen bei den amtlichen Maklern bestehen nur dann keine Bedenken, wenn auch Kleinaufträge in vollem Umfang bei der Kursfestsetzung ihre Berücksichtigung finden. Besonders erscheint es notwendig, daß für Kleinaufträge die Möglichkeit der Limitierung von Aufträgen erhalten bleibt. Im übrigen glaubt der Reichswirtschaftsrat den Börsenbörsen empfehlen zu müssen, zur Vereinfachung der Lieferung aus den Umsätzen an den Börsen die Skontierung von Kassengeschäften in ernster Erwägung zu ziehen, um so mehr, als dadurch auch eine Erleichterung des Kapitalmarktes und eine Vermehrung der Bereitstellung von Kapitalien zu produktiven Zwecken herbeigeführt werden würde.

Deutsche Allgemeine Treuhand-A.G. in Nürnberg. In der G.-V. am 6. Januar wurde die Verteilung einer Dividende von 5% beschlossen, ferner eine Kapitalerhöhung von 300 000 auf 1 000 000 Mk.

Börsenberichte.

Frankfurter Wertpapierbörse. Festverzinsliche Werte.

Table with columns for interest rates and values for various securities like Reichsanleihe, Staatsanleihe, etc.

Dividenden-Werte.

Table listing dividends for various banks and companies such as Allg. Creditbank, Dresdner Bank, etc.

Frankfurt, 9. Jan. (Draht.) Die Börse eröffnete den heutigen Verkehr in schwacher Haltung. Die Rückgänge der Auslandsdevisen trugen vor allem zur Verstimmung bei. Der bisherige Verlauf der Konferenz von Cannes schien die Börse zu befriedigen, vermochte aber keinen Eindruck zu hinterlassen, da die Unsicherheit, die die Börse in der letzten Zeit zeigte, noch nicht geschwunden ist. Da das Publikum nur geringe Unternehmungslust zeigte und die Spekulation anfangs Abgaben vornahm, so waren Kursrückgänge auf den meisten Gebieten vorwiegend. Der Dollar war heute der ausschlaggebende Faktor; er schwankte zwischen 176 und 165, jetzt 166 genannt. Im freien Verkehr waren Deutsche Petroleum 1525, Benzol nach 650, auch Gebr. Fahr schwächer, 540; man nannte ferner Inag 750-735, Hansa-Lloyd 355, Kraichgauer 205, Karstadt 330. Auslandsdevisen waren durch die Devisenbewegung ungünstig beeinflusst, besonders Mexikaner gedrückt. Unter den schwankenden Werten waren Montan, chemische und Elektropapiere niedriger, Adler Kleyer stärker angeboten, 580, minus 100%. Schwach lagen Einheitswerte, wo neben Maschinenfabrik- auch Zuckerfabrik-Aktien erheblicher nachgaben. Angeboten waren u. a. Pokorny u. Wittkind, Feinmechanik Jetter, Spiegel u. Spiegelglas, Metallzwerke, Zement Heidelberg, Zellstoff Aschaffenb. Auch im Verlaufe erhielt sich vorwiegend eine mattere Tendenz, besonders Montanaktien ungünstig beeinflusst. Privatdiskont 4%.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 9. Jan. (Eig. Draht.) Die Meldung von einem Teilmoratorium in Deutschland abte einen scharfen Rückgang auf den Dollarkurs aus. Der Dollar fiel bis auf 166. Die Börsenspekulation nahm daraufhin, soweit sie sich neu engagiert hatte, Glatstellungen vor, da das Publikum im allgemeinen an seinem Besitztum festhielt. Das Angebot war durchaus nicht pankartig. Da aber jede Aufnahmezeit fehlte, so traten fast durchweg Rückgänge von 100% und darüber ein. Die Börsenspekulation befürchtete, daß die Bedingungen der Entente, insbesondere das Verlangen nach einer Erhöhung des Kohlenpreises und aller Tarife zum Zwecke der Annäherung unserer Inlandspreise an die Weltmarktpreise die deutsche Industrie vom Wettbewerb auf dem Weltmarkt ausschalten könnten, wengleich die Sachleistungen der Industrie größere Aufträge bringen müßten. Am Montanaktienmarkt verloren Bochumer und Oberschlesische Kokswerke 200%, im übrigen 100-150%. Bei den Kaliwerten hielt sich die Rückgänge im Rahmen von durchschnittlich 100%. Heldburg notierten 750, Deutsche Kali 640. Bei den Anilinwerten betrugen die Rückgänge durchschnittlich 60%, bei den Elektropapieren 70%, bei Schiffahrtswerten 40%, bei den Spezialwerten durchschnittlich 70%. Kursrückgänge von über 100% waren zu verzeichnen bei Vogel, Basalt, Guano und Harden. R. Wolff 835, Becker-Stahl 475, Meyer Textil 405, Scheidemann 1600, Sichel 820. Deutsche Petroleum büßten 140% ein. Mansfelder Kuxe 19 000. Im Verlaufe der Börse trat eine leichte Erhöhung ein. Westergaule blieben 200% höher als sie angesetzt hatten.

Devisenmarkt

Frankfurter Devisen.

Frankfurt, 9. Jan. (Draht.) Günstige Meldungen aus Cannes führten zu Rückgängen der ausländischen Zahlungsmittel. Da die Besserung der Reichsmark heute standhielt, so stellten sich auch im amtlichen Verkehr stärkere Abschwächungen ein. Der Schluß zeigte mäßige Befestigung. Es wurden folgende Kurse genannt: London 605 (amtlich 609), Paris 1330 (1355), Brüssel 1250 (1292 1/2), Newyork 165 (166 1/2), Holland 6100 (6100), Schweiz 3200 (3230), Italien 730 (720).

Table showing exchange rates for various countries like London, Paris, New York, etc.

Frankfurter Notemarkt

Table showing market rates for various currencies like Americanische Noten, Belgische, Englische, etc.

Berliner Devisen.

Berlin, 9. Jan. (Eig. Draht.) Am Devisenmarkt war die Haltung auf Glatstellungen schwächer. So notierte Kabel Newyork 165-166, Polennoten 6,27, Rumanische Noten 138. Die Mark kam aus dem Auslande höher. Holland 1,62, Stockholm 2,18, Kopenhagen 3,10, Zürich 3,05.

Table showing Berlin exchange rates for various countries like Holland, Christiania, Kopenhagen, etc.

Waren und Märkte.

Mannheimer Produktenmarkt.

m. Mannheim, 9. Jan. Der Verkehr an der heutigen Börse war nicht von Bedeutung, da die Käufer infolge der billigeren Notierungen für ausländische Zahlungsmittel im Einkauf sehr vorsichtig sind. Das Angebot ist in allen Getreidearten größer geworden. Weizen hatte ruhigen Markt; am frühen Vormittag stellten sich die Forderungen noch auf ungefähr 810 Mk., doch erfuhr dieser Preis späterhin eine weitere Abschwächung und es wurden gegen Mittag nur noch ungefähr 800 Mk. mitunter sogar noch etwas darunter, für die 100 kg franko Mannheim verlangt. Ähnlich lagen die Verhältnisse am Roggenmarkt, wo bei Beginn die Forderungen sich zwischen 635 bis 640 Mk. und späterhin nur noch zwischen 627-625 Mk. für die 100 kg franko Mannheim bewegten. Gerste war ebenfalls billiger als Ende der letzten Woche erhältlich; man forderte für mittlere Qualitäten 710-720 Mk. und für prima Brauereigerste 730-750 Mk. für die 100 kg. Hafer hatte ruhigen Verkehr und wurde bahrfrei Mannheim mit 580-590 Mk. für die 100 kg je nach Qualität angeboten. Mais lag infolge des schwachen Devisenmarktes wesentlich ruhiger und man forderte für Mixedmais, disponibel, 600 Mk. und für greifbaren Platamais 640-645 Mk. für die 100 kg bahrfrei Mannheim. Futtermittel hatten etwas behaupteteren Markt, doch waren auch für diese Artikel die Verkäufer in ihren Forderungen nachgiebiger. Rapskuchen waren ab Neuffer Gegend zu 515 bis 520 Mk. für die 100 kg angeboten. Für Weizenkleie, süddeutsches Fabrikat, wurden 590 Mk. und für Roggenkleie 395-400 Mk. für die 100 kg mit Sack ab süddeutschen Mühlen gefragt. Raufutter hatte bei kleinem Angebot ziemlich unveränderten Markt. Mehl war aus zweiter Hand billiger wie aus erster Hand zu beschaffen; die Mühlenforderungen lauteten noch unverändert auf 1150 Mk. für Weizenmehl Marke Spezial 0 und für Roggenmehl auf 825 Mk. für die 100 kg ab süddeutschen Mühlenstationen. Hülsenfrüchte waren vernachlässigt und im Preise billiger gehalten; für Viktoriaberbsen stellten sich die Forderungen auf 850 Mk. und für grüne Erbsen auf 800 Mk. für die 100 kg.

Deutschlands Heidentampf.

Der im In- und Auslande wohlbekannte und hochgeschätzte Militärchriftsteller General von Bernhardt legt ein neues Buch vor: Deutschlands Heidentampf 1914-1918. (Verlag J. F. Lehmann, München.) Es bringt die erste kritische und zusammenfassende Darstellung des Weltkrieges.

Nachdem ein Generalfeldmarschall, der dazu berufen war, die Kriegstaten nachzuprüfen und zu schildern, nicht mehr existiert, ist diese musterhafte Darstellung nur mit besonderem Danke zu begrüßen.

Bernhardt führt uns noch einmal die Hauptereignisse vor Augen und meistelt scharf die bemerkenswerten Züge der einzelnen Kampfpasen heraus, die er einer kritischen Besprechung unterzieht. Die Besprechung der großen Entscheidung 1. Marne, Schlacht bei Tannenberg, Verfolgung in Rußland, Verdun, Saloniki, Italien, Ubooskrieg u. Schlußoffensive nehmen den Hauptraum des Wertes ein.

Seine Schilderung hat den Zweck, dem deutschen Volke noch einmal vor Augen zu führen, zu welcher gewaltigen Leistungen es befähigt war, als es noch einig zusammenstand und von starker Hand geführt, seinen berufenen Führer vertraute. Bernhardt zeigt uns aber auch, welche schwere Schuld das Volk auf sich genommen hat und welche tragischen Folgen die politische Führerlosigkeit brachte. Die breite Masse des Volkes war bereit, in Artillerieschlacht jedem zu folgen, der sie zielbewußt führte und ihren Volkswünschen schmeichelte. So kam es, daß das deutsche Volk, unter die Führung derer, die die Macht an sich reißen wollten, sich selbst entwarf, jeder Nacht beraubt und ewige Schmach auf sich geladen hat. Gesehenees kann nicht ungeschehen gemacht werden. Was uns Not tut, ist die Erkenntnis der schweren Schuld und das Streben, das Unrecht zu sühnen. Immer wieder müssen wir dem Volke zurufen das Wort des großen Kurfürsten „Gedenke, daß du ein Deutscher bist“. Bernhardt glaubt an den heute noch leider verborgenen, inneren Wert des deutschen Volkes und schöpft daraus die Zuversicht, daß die Mächte der Rüge, Genußsucht und rohen Gewalt bereinigt werden.

Im Hinblick auf Friedrich den Großen sollen wir den Glauben an uns behalten. Selbst nach den größten Fehlschlägen Kossin und Runersdorf stand er aufrecht da und schuf immer neue Mittel des Widerstandes. Die Erinnerung an ihn soll uns ermahnen nie den Mut zu verlieren und der Zukunft festen Sinnes ins Auge zu schauen. Bereit sein sollen wir sein, die mögliche Gunst des Schicksals zu ergreifen. Bereit sein ist alles. Darum sollen wir ringen und arbeiten, daß uns eine solche Stunde nicht unvorbereitet trifft.

Aus den vorliegenden Schilderungen der überwäligen Taten sollen wir die Kraft zu neuem Tun schöpfen.

Wir wollen frei sein, wie die Väter waren. Über den Tod, als in der Knechtschaft leben. Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.

Bei Besprechung der Kriegsführung unterzieht Bernhardt die Oberste Heeresleitung, Moltke II und Falkenhayn, einer sachlichen und gerechten Kritik. Er weist die Fehler nach, welche uns an der Marne die Siegespalme entriß, die sich mit den Ausführungen Ludendorffs völlig decken.

Den Angriff bei Verdun sieht er als einen schweren Fehler an. Ein entscheidender Kampf gegen Italien hätte nach Bernhardt den damaligen Verhältnissen vollauf entsprochen.

Mit warmen Worten tritt er für die Kriegsführung Hindenburgs und Ludendorffs ein. Sie rettete die verzwiefelte militärische Lage 1916. Energhch weist er alle unvernünftigen Bemerkungen gegen Ludendorff zurück. Sie beweisen ihm nur die völlige militärische Unfähigkeit der betreffenden Strategen oder ihre Böswilligkeit. Um ist Ludendorff der feinste, harte, große Strateg, der bis zuletzt die Fahne hochgehalten hat, der er zugeschworen. Als besonders verdienstvoll sieht er das zu späte und schwache Einsehen der Flotte und des Ubooshandelskrieges an. Auf letzterem war der Feind in keiner Weise vorbereitet. Er gab uns die Mittel in die Hand zur baldigen Niederwerfung Englands und war oeeant, um zum Siege zu führen. Nur wenig mehr, laut Winston Churchill, der englische Marineminister, und der Unterwasser-Seehandelstrica hätte anfangt Amerika auf unsere Seite zu führen, uns alle durch Hunger zur unbedingten Uebergabe gezwungen.

Stattdessen brach unsere politische Leitung auf Drohungen Amerikas hoffnungslos zusammen und gab lieber die Befämpfung Englands auf als Amerika, das doch der Entente verfallen war, herauszufordern.

Mit zahlreichen Kartenfixen wird die Darstellung merkwoll unterstützt. Das Buch ist in erster Linie den Militärkreisen bestimmt. Wer eine kurze, klare und leicht verständliche Darstellung des Weltkrieges sucht, kommt hier auf seine Kosten.

Das Jahr 1921 und die badische Landwirtschaft.

Das vergangene Jahr war für die badische Landwirtschaft ein Jahr schwerer Arbeit unter den ungünstigsten Bedingungen. Spätfröste, ungeheure Trockenheit, pflanzliche und tierische Schädlinge usw. vernichteten Erzeugnisse, die tausende fleißiger Bauernhände gefäht, gewartet und gepflegt hatten. Futtermittel hatte Rückgang des Milchviehtrages und Abstoßung von Vieh zur Folge. Die Kartoffelernte fiel nicht gut aus. Sedentwertung und Teuerung lasteten drückend auf der Bevölkerung. Der Eisenbahnjammer, die Nichtgestellung von Wagen zur Anfuhr von Saatgut, Futtermittel und Düngemitteln in die äußerste Südwestecke Deutschlands erschwert weiter das Los. Bis heute ist diese Sache nicht besser geworden. Schwere Aufgaben stehen der Landwirtschaft, wie der Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften Karlsruhe in seinem Genossenschaftsblatt berichtet, bevor. Es muß gelingen, unser Volk mit den Erzeugnissen der einheimischen Landwirtschaft zu ernähren. Es wird gelingen, wenn alle Stände mitdenken und wenn die Fortschritte in Wissenschaft und Technik durch gründliche Unterweisung auch des kleinsten Landwirts durch die berufenen Vertreter der Landwirtschaft richtig verwertet werden. Richtige Düngung, gute Bodenbearbeitung, gutes Saatgut usw. tragen dazu bei, daß die Landwirtschaft dem Reich viel Deffisen sparen kann. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und ihre Verbände werden ein auf Teil Arbeit leisten müssen, bis langsam aber stetig das tägliche Brot für alle auf deutschem Boden erzeugt werden kann.

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheim. General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, R. 6, 2. Direktion: Ferdinand Heime. - Hauptverteilung: Dr. Frich Goldenbaum. Verantwortlich für Politik: Dr. Frich Goldenbaum; für Handel: Dr. Franz Kircher; für Wissenschaft: A. Wobersroth; für Sozial- und den literarischen Inhalt: Richard Schönbauer; für Anzeigen: Karl Bögel.

